

Heuchelei und Lüge, Alltag in Weißenfels

Und wieder ein nicht eingehaltenes Versprechen des Oberbürgermeisters Risch:

Noch ist die „Weihnachtsansprache“ von Herrn Risch bei einigen Bürgern sicher in guter Erinnerung, darin heißt es (Zitat, Amtsblatt 11/2012):

„Demokratie heißt nicht nur, den anderen mit seiner Meinung, seinen Glauben zu akzeptieren, sondern sie auch bewusst mit eigener Teilhabe zu erleben“

Von Teilhabe keine Spur, nachdem mit der Veröffentlichung der 2. Tagesordnung des AöR - Verwaltungsrates klar ist, dass eben diese den Bürgern von Weißenfels verweigert wird. Hat es doch seitens der BI für sozial gerechte Abwasserabgaben bereits im Vorfeld Befürchtungen gegeben, dass mit der neuen AöR – Satzung der Demokratieabbau in Weißenfels weiter forciert wird. Nach Bürgerprotesten wurden in diese Satzung im §7 Formulierungen zur Teilhabe der Öffentlichkeit aufgenommen (war ursprünglich noch nicht einmal vorgesehen !). Im Absatz 4 wird auf die Geschäftsordnung des Stadtrates verwiesen, die eine Bürgerfragestunde vorsieht. Eine Bürgerfragestunde gab es auch regelmäßig zu den ZAW Sitzungen, insofern wäre dies einfach nur eine Beibehaltung von demokratischen Grundrechten. Aber Herr Risch versprach ja im MZ Interview mit der AöR ein deutliches mehr als bisher an Transparenz herzustellen.

Nichts von alledem ist eingetreten, quasi durch die Hintertür werden erreichte Grundrechte beschnitten. Die Befürchtungen, wie sie die BI in ihren Infoblatt an die Stadträte geäußert hat sind in diesem Punkt schneller wahr geworden als gedacht. Es muss damit gerechnet werden, dass auch in den übrigen Punkten geäußerte Befürchtungen sehr schnell Realität werden (z. Bsp. Ausschaltung unliebsamer Meinungen, Privatisierung usw.)

Besonders erschütternd ist das Verhalten der zuständigen Aufsichtsbehörde im Burgenlandkreis. Durch die BI über den Satzungsverstoß und die undemokratische Praxis in den Sitzungen des AöR Verwaltungsrates informiert, wird es nun „amtlich“ testiert, dass Bürger keinen Anspruch auf Unterstützung bei der Durchsetzung demokratischer Verhaltensweisen ihrer Verwaltung haben. Wie üblich muss die Kommentierung eines Paragraphen herhalten, der gerade ins Bild passt. Eine nicht besonders tiefe Recherche ergibt das genaue Gegenteil. Der Demokratieabbau geht also in Weißenfels unvermindert weiter. Neu ist die Schützenhilfe, die die Weißenfelser Verwaltung seitens Landkreisverwaltung des Burgenlandkreises dabei erfährt.

Die entsprechenden Dokumente lesen Sie bitte im Anhang:

- Mitteilung an die Stadträte
- Brief an Kommunalaufsicht BLK vom 7. 01. 2013
- Antwort von Kommunalaufsicht vom 15. 01. 2013